

Zu den Koordinaten  
transatlantischer  
Kooperation

## Goodbye America?

Johannes Urban

Auf die innereuropäische Auseinandersetzung um den Irak-Krieg folgte eine publizistische Debatte über die Identität des vereinten Europas und deren Verwirklichung. Jacques Derridas und Jürgen Habermas' „Analyse, die zugleich ein Aufruf ist“, provozierte prominente Reaktionen. Denn die von beiden propagierte „Wiedergeburt Europas“ als Gegenmodell zu Amerika ist so brisant wie umstritten.

Sollte sich Europa von den USA lösen? Dieser Frage nähert sich der Essay (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai 2003) anhand der in der Debatte gezeichneten Bilder von Europa und Amerika. Sie prägen und transportieren die Argumentation der Autoren. Und sie wirken fort im Denken und Handeln ihrer Adressaten in Politik, Medien und Öffentlichkeit.

Um die von den Autoren entwickelten Argumente für und wider die westliche Werte- und Interessengemeinschaft zu identifizieren, sind zwei Fragen zu beantworten: *Erstens*: Worin sehen die Autoren Differenzen zwischen Europa und Amerika? *Zweitens*: Worin die Gemeinsamkeiten? Auf dieser Basis kann diskutiert werden *drittens*, welche Entwicklung für die westliche Werte- und Interessengemeinschaft zu erwarten ist, und *viertens*, ob Europa eine Alternative zu weiterer transatlantischer Integration entwickeln sollte.

### Differenzen

Derrida und Habermas identifizieren sechs für die europäische Identität sinnstiftende Themen, die zugleich einen

Gegensatz zum *Imperium Americanum* markieren. Erstens: Wesen und Mittel von Macht. Nach Derrida und Habermas konstituiert und besitzt Europa „die weiche Macht von Verhandlungsagenden, Beziehungen und ökonomischen Vorteilen“ – im Gegensatz zur sich auf Divisionen stützenden Macht der USA. Daran schließen Bezugspunkt und Arena jener Macht an: Europa sei heute eine Form des „Regierens jenseits des Nationalstaats“, im Inneren geprägt von supranationalen Institutionen und nach außen Modell einer „kantianischen Weltinnenpolitik“. Dieses Politik- und Weltmodell richtet sich gegen das Bekenntnis der Bush-Administration zum Nationalstaat als dem Akteur in einem Konzert von Mächten, in dem Amerika wenn nicht den Taktstock, so doch die Solistenrolle beansprucht. Der dritte Unterschied, die von Derrida und Habermas betonte Säkularität Europas, zielt auf die in europäischen Ohren befremdlich klingende Bezugnahme des US-Präsidenten auf Gott. Viertens: Europa ist Sozialstaat. Die sozialstaatliche Befriedung von Klassegegensätzen, die „Zähmung des Kapitalismus“, zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit impliziert den Verweis auf die von den Autoren abgelehnte Alternative: das neoliberale, amerikanische Wirtschaftsmodell. Aus der Sozialproblematik entwickeln Derrida und Habermas die fünfte Differenz:

„Das aus der Französischen Revolution hervorgegangene Parteiensystem ist oft kopiert worden. Aber nur in Europa dient es auch einem ideologischen Wett-

bewerb, der die sozialpathologischen Folgen der kapitalistischen Modernisierung einer fortgesetzten politischen Bewertung unterzieht.“

Die in dieser Bewertung enthaltene Normativität entfaltet sich vollends in der sechsten Differenz. Die europäische Ablehnung der Todesstrafe ist nach Derrida und Habermas das Ergebnis „eine[r] erhöhte[n] Sensibilität für Verletzungen der persönlichen und der körperlichen Integrität“. Eben jene wird den Amerikanern in Abrede gestellt.

Thomas Schmid kritisiert diesen dichotomischen Versuch einer Identitätsbegründung, der eine „Europäische Identität“ konstruiert aus dem, was die Autoren an Amerika ablehnen: „Das, was Europa zusammenhalten soll, ist das Nein zu Amerika, die Abstoßung von den Vereinigten Staaten“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. Juni 2003). Auch er stellt Differenzen fest. „Ohne Amerika liefe Europa Gefahr, eine Ruine zu werden“, beklagt Schmid die Passivität Europas und lobt den „Dezisionismus“ Amerikas im Dienste demokratischer Intervention.

## Gemeinsamkeiten

Richard Herzinger verweist – wie Derrida und Habermas – auf die einseitige Machtdefinition der USA.

Im nächsten Satz kommt Herzinger jedoch auf das Schicksal als verbindendes Element zu sprechen:

„Europa und Amerika bleiben nicht zuletzt deshalb aneinander geschweißt, weil die Fehler und Versäumnisse des einen immer auch der andere ausbaden muss...“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 2. Juni 2003).

Diese Schicksalsgemeinschaft wird auch nicht durch Auffassungsunterschiede über den richtigen Umgang mit der Herausforderung des islamistischen Terrorismus unterminiert. Denn:

„Der Westen als Ganzes vollzieht jetzt nach, was innerhalb der offenen Gesellschaften schon längst im Gange ist: den

Übergang von der Konsens- in eine Konfliktgesellschaft...“

Auch Timothy Garton Ash und Ralf Dahrendorf sehen in den unterschiedlichen Beiträgen Europas und Amerikas zu einer kantianischen Weltgesellschaft eine Gemeinsamkeit. In erster Linie äußern sie jedoch Zweifel an dem, was Derrida und Habermas als gemeinsam europäisch und zugleich nicht-amerikanisch klassifizieren: das Verhältnis zu Macht, Markt und Religion (*Süddeutsche Zeitung*, 5. Juli 2003). Hans-Ulrich Wehler zweifelt ebenfalls an der Schärfe der ausgemachten Differenzen. Amerika sei weit vielschichtiger als dargestellt (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Juni 2003). Gemeinsamkeiten sehenschließlich selbst Derrida und Habermas, nämlich:

„... diesen geistigen Habitus, der sich durch Individualismus, Rationalismus und Aktivismus auszeichnet, teilen die europäischen Nationen mit den der Vereinigten Staaten, Kanadas und Australiens. Der Westen als geistige Kontur umfasst mehr als nur Europa.“

## Quo vadis?

Während ihre Kritiker eine Besinnung auf europäische Werte im Rahmen der westlichen Wertegemeinschaft fordern, propagieren Derrida und Habermas die Ablösung von Amerika. Allein die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung ist nicht besonders groß. Ob aus Gewohnheit, Überzeugung oder Pragmatismus – die Entscheidungsträger in den meisten europäischen Hauptstädten scheinen von der Notwendigkeit transatlantischer Kooperation überzeugt. Nach der Irak-Krise versuchten sie wenigstens Brücken über die – miteinander verbundenen – innereuropäischen und transatlantischen Gräben zu bauen. Der Schuldenerlass der Kriegsgegner Deutschland und Frankreich für den Irak – selbst nach dem patzigen Abschluss von der Auftragsvergabe für den

Wiederaufbau – ist nur ein Beispiel von vielen. Auch in den Vereinigten Staaten wird zunehmend die wechselseitige Angewiesenheit der transatlantischen Partner betont:

„...There are very substantial limits to what America can do to help stabilize the world and to move it in a more positive direction. We can only achieve that together with the Europeans...“, stellt Zbigniew Brzezinski fest (<http://www.politikwissen.de>). Wie alle aussichtsreichen Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten fordert auch Howard Dean eine Rückbesinnung auf internationale Allianzen und Institutionen:

„Like our country's 'Greatest Generation', I see international institutions like the United Nations as a way to leverage U.S. power, to summon warriors and peacekeepers, relief workers and democracy builders, to causes that advance America's national interests. As President, I will work to make these institutions more accountable and more effective“ (*New York Times*, 16. Dezember 2003).

Aber auch ohne *Regime Change* in Washington erscheint eine Wiederbelebung der westlichen Werte- und Interessengemeinschaft als das wahrscheinlichere Zukunftsszenario. Die scharfe Verurteilung des Ausschlusses der Kriegsgegner von der Auftragsvergabe im Irak durch führende Neokonservative ist beispielhaft für die Wahrnehmung ökonomischer Interessen im hochgradig interdependenten transatlantischen Wirtschaftsraum. Die hohen Kosten und Verluste im Irak erhöhen den Druck, internationale Allianzen und Institutionen stärker als bisher einzubeziehen:

„... The world needs America and the European Union to work in common purpose for the advance of security and justice ... We have great objectives before us that make our Atlantic alliance as vital as it has ever been. We will encourage the strength and effectiveness of international

institutions...“ (George W. Bush, siehe <http://www.whitehouse.gov>).

George W. Bushs – von manchem Beobachter mit Skepsis zur Kenntnis genommenen – Worte in Whitehall stehen im Kontext gravierender sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die Erfolge des komplementären Einsatzes „europäischer“ und „amerikanischer“ Konzepte gegenüber Libyen und dem Iran verdeutlichen die Möglichkeiten, sie in transatlantischer Kooperation zu meistern.

## Alternativen?

Aber wäre die Emanzipation eines Gegenmodells Europas nicht doch wünschenswert? Die Frage nach realistischen Alternativen muss wenigstens ansatzweise beantwortet werden. Dies ist nur mit Blick auf den Kontext möglich, in dem Europa agiert:

*Erstens:* Die in Deutschland und Europa für Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung stehenden Ressourcen schrumpfen weiter. Für die USA wird ein weiteres Ansteigen prognostiziert.

*Zweitens:* Schwierigkeiten mit zentralen Partnern und zwischen diesen Partnern (USA, Frankreich) nehmen zu.

*Drittens:* Internationale Institutionen (UNO, NATO, EU) arbeiten in unterschiedlichem Maße effektiv. Meinungsverschiedenheiten der sie tragenden Staaten blockieren eine koordinierte Lösung von Problemen.

*Viertens:* Innenpolitische (Partikular-)Interessen gewinnen zunehmend an Bedeutung. „Objektive Interessen“ und bewährte Orientierungen werden vernachlässigt beziehungsweise lösen sich auf.

*Fünftens:* Eigeninteressen der Entscheidungsträger (zum Beispiel Wahlkampf) und andere persönliche Faktoren (zum Beispiel ein „Hang zu kessen Formulierungen“, siehe Hanns W. Maull, *Internationale Politik*, 9/2003) wirken sich zunehmend negativ aus.

*Sechstens:* Gravierende, komplexe und zunehmend nur noch international zu bearbeitende Probleme stellen nationale, regionale und globale Institutionen vor größer werdende Herausforderungen.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen bedarf es ohne Zweifel einer Intensivierung der internationalen Kooperation. Ein innwärts gewandtes, quasi „isolationistisches“ Europa ist deshalb keine Option. Europa muss im globalen Rahmen kooperieren. Aber mit wem? Und wie?

Um mögliche Alternativen zu enger transatlantischer Kooperation beurteilen zu können, bedarf es eines Blickes auf die Voraussetzungen erfolgreicher internationaler Kooperation. Förderlich sind kompatible Ziele, Interessen, Werte, Instrumente, Ressourcen und kompatible Institutionen.

Zieht man die Lagerverteilung der Irak-Krise heran, zeigen sich einige Kompatibilitäten zu China und Russland. Mit beiden Staaten kooperiert Europa, unter anderem in UN und WTO. Eine intensivere Betrachtung brächte jedoch schnell große Unterschiede an den Tag. Dies gilt besonders für die von Derrida und Habermas betonte Kompatibilität der Werte. Legt man ihren impliziten Werte-Katalog auf China und Russland an, sind deutliche Inkompatibilitäten nicht zu verkennen. Wer den USA schwer wiegende Demokratie-Defizite ankreidet, sollte sich mit der russischen Pseudodemokratie und der autoritären Oligarchie Chinas schwer tun. Während die Todesstrafe von immer mehr US-Bundesstaaten zur Überprüfung ausgesetzt wird, ist sie in China und Russland an der Tagesordnung, auch ohne rechtsstaatliche Verfahren. Beide Staaten befinden sich in Transformationsprozessen, aber eine nur annähernd an den atlantischen Raum heranreichende Werte-Kompatibilität ist schwerlich auszumachen.

Selbst die Kompatibilität der Interessen, wie sie die in der Irak-Krise prakti-

zierte, koordinierte Gegenmachtbildung zur Zurückweisung US-amerikanischer Machtansprüche nahe legt, darf bezweifelt werden. Vladimir Putin verfolgt einen ebenso pragmatischen wie opportunistischen Weg zurück zu russischer Größe. Gerade deshalb legen die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes größten Wert auf eine enge Sicherheitspartnerschaft mit Washington – wenn nötig auf Kosten europäischer Einheit und Handlungsfähigkeit. China ist schon heute ein bedeutender ökonomischer Herausforderer. Das kontinuierlich hohe Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung sowie zunehmende Rüstungsanstrengungen schaffen eine neue Großmacht mit zumindest regionalem Hegemonialanspruch. China und Russland verfolgen nationalstaatliche Interessen, die nicht kompatibel sind zur Agenda Europas, die ja auf Kosten nationalstaatlicher Souveränität die Stärkung internationaler Normen und Institutionen erreichen will. Das kurzfristige gemeinsame Interesse – und selbst über diese Gemeinsamkeit ließe sich streiten – an einer Eindämmung US-amerikanischer Übermacht steht in keinem angemessenen Verhältnis zu diesen schwer wiegenden Inkompatibilitäten.

Nun ließe sich einwenden, Europa solle ja nicht primär mit China oder Russland, sondern mit den internationalen Institutionen kooperieren. Diese Argumentation übersieht, dass internationale Institutionen vom Votum der sie tragenden Staaten – und hier besonders der Mächte des UN-Sicherheitsrates – abhängig sind. Europa ist auf die Zusammenarbeit mit den heutigen Vetostaaten angewiesen. Wie gerade die Irak-Krise zeigte, ist es kaum möglich, ohne den Partner USA Resultate zu erzielen. Nur gemeinsam können Europa und Amerika internationale Institutionen zur Lösung von Problemen oder zur Durchsetzung westlicher – also auch europäischer – Werte und Interessen nutzen.

Damit ist klar: Realistische Alternativen zur Vertiefung der transatlantischen Kooperation existieren nicht. Europa und Amerika sind aufeinander angewiesen – selbst wenn sie sich, wie Robert Kagan meint, als zwei Planeten eines Sonnensystems weiter voneinander entfernen sollten.

### Ergebnisorientierte Diskussion

Eine solche Entwicklung zu fördern, etwa durch Bedienung von Klischees, die „akzentuierte Thematisierung“ transatlantischer Meinungsverschiedenheiten im Wahlkampf, die mediale Diskreditierung der Gegenseite – oder gar deren Spaltung in ein „neues pro-amerikanisches“ und ein „altes anti-amerikanisches“ Europa – kann nicht Aufgabe der Eliten in Politik, Wissenschaft und Medien sein. Populäre Vorurteile und Fehlwahrnehmungen gilt es auf beiden Seiten des Atlantiks abzubauen. Andernfalls drohen die Entscheidungsträger durch eben jene Argumente und Methoden in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt zu werden. Auch in der Sache (Stichwort „Guantánamo“) gilt es Fehler der Vergangenheit zu revidieren.

Notwendig ist eine grundlegende und ergebnisorientierte Diskussion über Konsequenzen und Anforderungen der veränderten Rahmenbedingungen. Die Debatte über eine *Grand Strategy* des Westens muss geführt, Verständigung über die Möglichkeiten und Grenzen gemeinsamen und komplementären Handelns hergestellt werden. Das etwas hektisch anmutende Bemühen, zu einer Strategie für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu gelangen, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Auch die Strukturen der transatlantischen Kooperation, die – wie die NATO – an der Wahrnehmung ihrer Grundaufgaben gehindert wurden und dadurch Scha-

den nahmen, sind reformbedürftig. Der Ausbau nicht-militärischer Instrumente könnte den politischen Prozess weg von Ja-Nein-Entscheidungen über den Einsatz militärischer Mittel und hin zu Entscheidungen über die richtige Balance gemeinsamer Anstrengungen lenken. Eine stärkere Institutionalisierung der Kooperation würde einen neuerlichen „Clash of Administrations“ weniger wahrscheinlich machen, eine stärkere Einbindung in die nationale Politikformulierung vorausgesetzt. Und natürlich gilt es, die Verbindungen zwischen Brüssel und Washington dichter zu knüpfen und ihre Enden stärker in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse einzubinden.

All dies bedeutet nicht, dass die nicht „innerwestlichen“ Kooperationsrahmen zu vernachlässigen sind. Die Vertiefung der transatlantischen Kooperation sollte vielmehr im Dienst einer globalen Problembearbeitung stehen. Dies bedeutet zwangsläufig eine stärkere Einbindung reformierter internationaler Institutionen. Auch die Beziehungen Europas – und Deutschlands – zu China und Russland müssen nicht unter einer Vertiefung der transatlantischen Integration leiden. Im Gegenteil: Sie schafft ein größeres Gestaltungspotenzial, diese Staaten durch komplementäres Handeln der transatlantischen Partner in die Lösung globaler Probleme einzubinden und in ihrem Transformationsprozess in Richtung westlicher Werte zu stärken. Wer dies nicht als eines der wichtigsten Ziele internationaler Kooperation begreift, hat eben jene Werte bereits aufgegeben, die er nicht mit den USA verwirklichen zu können glaubt. Europa und Amerika sind aufeinander angewiesen, als strukturbildende Akteure gemeinsam tragfähige Lösungen für zunehmend bedrohlicher werdende globale Probleme zu entwickeln.